

AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Februar 2014

Inhalt

Neuigkeiten aus der COFACE	2
Video über „Cyberbullying – Es gibt einen Ausweg!“ in 9 weiteren Sprachen	2
COFACE für Schutz der Kinderrechte im Internet	2
Neuigkeiten aus den EU-Institutionen	2
EU-Parlament nimmt sogenannten „Lunacek-Bericht“ an	2
EU-Parlament für Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen	2
EU-Parlament stimmt für Bürokratieabbau für Bürger/innen.....	3
ESF 2014-2020 mit neuen Schwerpunkten.....	3
EU-Kommission setzt sich für flexibles Wahlrecht ein	3
EU-Parlament stimmt für EU-Hilfsfonds	3
Immer mehr Bürger/innen suchen Hilfe bei Europäischen Verbraucherzentren (EVZ).....	3
Ausschusses der Regionen beschließt Stellungnahmen und kritisiert Stand der Strategie 2020	4
EU-Mitgliedstaaten wollen Integration der Roma weiter verstärken	4
Rat der EU fördert Investition in junge Menschen	4
EU-Parlament beschließt neue Tabakregeln	4
Weitere Nachrichten	4
Schweiz: Volksabstimmung nimmt SVP-Initiative „gegen Masseneinwanderung“ an	4
Belgien: Parlament stimmt über Sterbehilfe für Minderjährige ab.....	5
UN-Kinderrechtsausschuss veröffentlicht Empfehlungen für Deutschland	5
Finnlands Parlament debattiert über gleichgeschlechtliche Ehe.....	5
„Safer Internet Day“ 2014: Gemeinsam für ein besseres Internet	5
Frankreich: Regierung stellt Pläne für neues Familiengesetz ein.....	6
EU- Bürgermeisterkonferenz zur Freizügigkeit und Armutseinwanderung	6
Belgien will neues Nachnamen-Gesetz einführen	6
Internationaler Tag der Sozialen Gerechtigkeit.....	6
Europäische Netzwerke gründen Allianz für Kinderrechte	6
Berichte und Studien	6
Ausgaben für das Wohnen im EU-Vergleich.....	6
AGF veröffentlicht Veranstaltungsdokumentation zu Inklusion am Beispiel Wohnen	7
Studie über Integration mobiler EU-Bürger/innen in sechs Städten	7
OECD stellte Pisa-Teilbericht für Schweden vor	7
Bericht über Kindersterblichkeit bei Neugeborenen.....	7
Studie über Wahlinteresse von jungen Menschen	7
EAPN veröffentlicht Bericht über die Qualität von Arbeit und Beschäftigung in der EU	8
UN veröffentlicht Weltjugendbericht 2013.....	8
Bericht: „When Children go mobile“	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Neuigkeiten aus der COFACE

Video über „Cyberbullying – Es gibt einen Ausweg!“ in 9 weiteren Sprachen

Das Video der COFACE zum Thema „Cyberbullying – Es gibt einen Ausweg“ ist jetzt in 9 Sprachen, unter anderem auch in Deutsch, verfügbar. Es soll Eltern, Lehrer und Jugendlichen helfen, Internetmobbing zu erkennen und Empfehlungen für einen Ausweg bieten.

- [Video der COFACE: „Cyberbullying – Es gibt einen Ausweg!“](#)

COFACE für Schutz der Kinderrechte im Internet

Im Rahmen des Projekts „#DeleteCyberbullying“ lädt die COFACE am 11. Juni 2014 zum „Big March Park“, einer Online-Demonstration, ein. Ziel ist es, Maßnahmen für mehr Sicherheit für Kinder in der EU in Bezug auf Internetmobbing zu erreichen.

- [Online Demonstration „The Big March“](#) 
- [Informationen zum „#DeleteCyberbullying“ Projekt der COFACE](#) 

Neuigkeiten aus den EU-Institutionen

EU-Parlament nimmt sogenannten „Lunacek-Bericht“ an

Das EU-Parlament hat am 04. Februar 2014 bei der Plenarsitzung in Straßburg mit 394 Ja- zu 176 Nein-Stimmen und 72 enthaltenen Stimmen den nach der österreichischen Abgeordneten Ulrike Lunacek benannten Antrag angenommen. In ihm werden Ziele für die Rechte und gegen die Diskriminierung von Schwulen, Lesben, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und Intersexuellen (LGBTI) formuliert. Außerdem werden EU-Kommission, Mitgliedstaaten und EU-Agenturen aufgefordert, gemeinsam eine umfassende Politik zum Schutz der Grundrechte von LGBTI-Personen zu erarbeiten.

- [EU-Fahrplan zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung der Geschlechteridentität](#) 

EU-Parlament für Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen

Das EU-Parlament hat am 06. Februar einen Entschließungsantrag zu der Mitteilung der EU-Kommission „Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung (FGM)“ angenommen. Darin werden die Maßnahmen und Vorhaben der EU-Kommission zur Abschaffung der Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen begrüßt. Am 06. Februar wird jährlich der internationale Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung begangen. Mit diesem Tag soll auf die schweren Menschenrechtsverletzungen durch die kulturell verankerte Beschneidung weiblicher Genitalien aufmerksam gemacht werden.

- [Entschließungsantrag des EU-Parlaments zu der Mitteilung der EU-Kommission „Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung \(FGM\)“](#) 

EU-Parlament stimmt für Bürokratieabbau für Bürger/innen

Das EU-Parlament hat einem EU-Kommissionsvorschlag zum Bürokratieabbau für Bürger/innen mit einigen Änderungen zugestimmt. Zukünftig sollen Bürger/innen und Unternehmen, die in einen anderen Mitgliedstaat ziehen, weniger bürokratische Hindernisse zu überwinden haben. Der Gesetzesentwurf legt Regeln zur Überprüfung der Richtigkeit öffentlicher Urkunden fest. Der Rat der EU muss dieser Verordnung noch zustimmen.

ESF 2014-2020 mit neuen Schwerpunkten

Die EU-Kommission und die griechische Ratspräsidentschaft haben zur Startkonferenz der Förderperiode 2014 neue Investitionsschwerpunkte und Nutzungsmöglichkeiten des Europäischen Sozialfonds (ESF) 2014-2020 festgelegt. Mit mehr als 70 Mrd. Euro jährlich sollen Menschen beim Zugang zu Arbeitsplätzen unterstützt werden. Für Deutschland stehen in der neuen Förderperiode 6,7 Mrd. Euro bereit. Zudem wurde das neue EU-Programm für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI), mit einem Fördervolumen von über 920 Mio. Euro gestartet (siehe [EuropaNews Dezember2013](#)).

EU-Kommission setzt sich für flexibles Wahlrecht ein

Die EU-Kommission hat jenen EU-Mitgliedstaaten, in denen Bürger/innen ihr nationales Wahlrecht bei einem Umzug ins EU-Ausland verlieren, Vorschläge unterbreitet. Staatsbürgern/innen, die von ihrem Freizügigkeitsrecht Gebrauch machen, sollen die Beibehaltung ihres Wahlrechts bei nationalen Wahlen ermöglicht werden, wenn diese ein fortdauerndes Interesse am politischen Leben ihres Heimatlandes nachweisen. Diese Vorschläge betreffen Dänemark, Irland, Zypern, Malta und Großbritannien. Es sei zwar Sache der Mitgliedstaaten zu bestimmen, wer an nationalen Wahlen teilnehmen darf, allerdings befürchtet die EU-Kommission Beeinträchtigungen bei der EU-Freizügigkeit. Auch stehe der Verlust des Wahlrechts im Widerspruch zur Grundidee der Unionsbürgerschaft, die zusätzliche Rechte verleihen und sie nicht beschneiden solle.

EU-Parlament stimmt für EU-Hilfsfonds

Das EU-Parlament stimmte dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen EU-Hilfsfonds (siehe u.a. [EuropaNews Oktober 2012](#)) zu. Der EU-Hilfsfonds soll den Mitgliedstaaten rückwirkend zum 01. Januar 2014 zur Verfügung stehen. Mit 3,8 Mrd. Euro will die EU bis 2020 die am stärksten von Armut betroffenen EU-Bürger/innen unterstützen.

Immer mehr Bürger/innen suchen Hilfe bei Europäischen Verbraucherzentren (EVZ)

Die EU-Kommission teilte mit, dass das Netz der Europäischen Verbraucherzentren im Jahr 2013 EU-weit über 80 000 Verbraucheranliegen bearbeitet hat. Das entspräche einer Steigerung um 11 Prozent gegenüber 2012. Die Zahl der Beschwerden lag bei ca. 32 500 und damit um 9 Prozent höher als 2012.

Ausschusses der Regionen beschließt Stellungnahmen und kritisiert Stand der Strategie 2020

Der Ausschuss der Regionen hat in seiner Plenartagung am 30.-31. Januar 12 Stellungnahmen verabschiedet. Diese befassten sich u.a. mit den Themen der gesundheitlichen Ungleichheit in der EU, der Öffnung im Bereich der Bildung und der Sozialen Dimension der Wirtschaft- und Währungsunion. Außerdem wurde die Rolle der AdR-Mitglieder in Bezug auf ihren unmittelbaren Kontakt mit den Bürger/innen betont. Sie seien eine herausragende Rolle bei der Vermittlung von EU-Politiken in den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften.

In Vorbereitung seines Gipfeltreffens im März 2014 führte der AdR u.a. Konferenzen, Untersuchungen und eine Konsultation zur Halbzeitbilanz der Strategie Europa 2020 durch. Insgesamt kommt er zu dem Schluss, dass sich zwar viele lokale und regionale Gebietskörperschaften ehrgeizigere politische Ziele gesetzt hätten, die Fortschritte bei der Umsetzung jedoch hinter den Erwartungen zurückblieben. Er fordert, die Strategie anzupassen.

EU-Mitgliedstaaten wollen Integration der Roma weiter verstärken

Die für die Umsetzung der nationalen Roma-Integrationsstrategien zuständigen nationalen Vertreter/innen haben über eine bessere wirtschaftliche und soziale Integration von Roma, z.B. durch bessere lokale Umsetzung der Integrationsstrategien diskutiert. Im April 2014 soll die EU-Kommission die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Integration von Roma in einem Jahresbericht bewerten.

Rat der EU fördert Investition in junge Menschen

In ihrer EU-Ratssitzung für Bildung, Jugend, Kultur und Sport am 24. Februar 2014 beschlossen die EU-Bildungsminister/innen, in eine effiziente und innovative Aus- und Weiterbildung der Kompetenzen junger Menschen zu investieren und damit einen Beitrag für das Europäische Semester 2014 zu leisten. Außerdem wurden Vorschläge zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit vor dem Hintergrund der PIAAC- und der PISA-Ergebnisse entwickelt.

- [Pressemitteilung des Rates der EU zu den Schlussfolgerungen der Sitzung am 24.02.2014](#)  

EU-Parlament beschließt neue Tabakregeln

Das EU-Parlament hat endgültig einer schärferen Tabakrichtlinie zugestimmt. Demnach müssen Warnhinweise auf Zigarettenpackungen größer sein als bisher, und dann 65 Prozent auf der Vorder- und Rückseite ausmachen. Eine Reihe von Aromastoffen wird verboten, wobei Menthol noch eine Übergangsfrist bis zum endgültigen Verbot 2020 erhält. Die neue Tabakrichtlinie soll im Mai 2014 in Kraft treten. Für die Umsetzung in nationales Recht haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit.

Weitere Nachrichten

Schweiz: Volksabstimmung nimmt SVP-Initiative „gegen Masseneinwanderung“ an

In einer Volksabstimmung haben sich die Schweizer/innen für eine Einschränkung der Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte ausgesprochen. Die Regierung muss das Anliegen innerhalb von drei Jahren umsetzen. 50,3 Prozent stimmten für die schweizerische Volkspartei-Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ für eine Begrenzung der Zuwanderung aus der EU. Demnach sollen

Zuwanderungsquoten eingeführt und Arbeitsplätze zunächst an Schweizer/innen vergeben werden. Die EU-Kommission teilte als Reaktion auf die Entscheidung der Schweizer mit, dass eine Zuwanderungseinschränkung das Prinzip des freien Personenverkehrs zwischen der Europäischen Union und der Schweiz verletzen könnte.

Belgien: Parlament stimmt über Sterbehilfe für Minderjährige ab

Das belgische Parlament hat die Sterbehilfe für Minderjährige legalisiert. Die Abgeordneten stimmten mit einer Mehrheit von 86 zu 44 Stimmen bei 12 Enthaltungen für den umstrittenen Gesetzesplan, der unter strengen Voraussetzungen Sterbehilfe für unheilbar kranke und unter schwersten Schmerzen leidende Minderjährige ermöglicht. Der belgische Senat hatte bereits Ende vergangenen Jahres dem Vorhaben zugestimmt.

UN-Kinderrechtsausschuss veröffentlicht Empfehlungen für Deutschland

Der UN-Kinderrechtsausschuss hat eine Stellungnahme zur Situation der Kinderrechte in Deutschland veröffentlicht. Darin empfiehlt er, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Gleichzeitig bemängelt er, dass es keine unabhängige Monitoringstelle gibt, die die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland prüft und Beschwerden über Kinderrechtsverletzungen aufnimmt und bearbeitet. Außerdem soll eine besondere Sorgfalt auf die Rechte von Flüchtlingskindern garantiert werden.

- [Empfehlungen des UN-Kinderrechtsausschuss an Deutschland](#)  

Finnlands Parlament debattiert über gleichgeschlechtliche Ehe

In Finnland ist die Diskussion für ein Gesetz zur gleichgeschlechtlichen Ehe und das Recht, gemeinsam zu Adoptieren wieder aktuell. Im letzten Jahr wurde ein ähnlicher Entwurf vom Parlament abgelehnt. Möglich wird eine erneute Debatte durch eine Bürgerinitiative, die von 166.000 Wahlberechtigten unterschrieben wurde (davon 100.000 innerhalb der ersten 24 Stunden). Das Parlament ist verpflichtet, sich mit einer Initiative auseinanderzusetzen, wenn 50.000 Unterschriften gesammelt wurden.

„Safer Internet Day“ 2014: Gemeinsam für ein besseres Internet

Der diesjährige „Tag des sicheren Internets“ wurde am 11. Februar in über einhundert Staaten begangen. Alle EU-Mitgliedstaaten und zum ersten Mal auch die USA nahmen an diesem Tag teil. In Deutschland lautete das Motto "Gemeinsam für ein besseres Internet". Die AGF hat zu dem Thema eine Broschüre veröffentlicht, mit der sie Familien auf den Datenschutz im Internet aufmerksam macht. Die EU-Kommission veröffentlichte gemeinsam mit dem europäischen Netzwerk INSAFE, ein „Jugendmanifest“.

- [AGF-Broschüre: Die Einstellung macht's](#) 
- [Information zum Jugendmanifest](#) 

Frankreich: Regierung stellt Pläne für neues Familiengesetz ein

Die französische Regierung wird in diesem Jahr voraussichtlich keinen neuen Entwurf für ein Familiengesetz vorlegen. Ursprünglich war vor allem geplant, die rechtliche Stellung von Stiefeltern bei der Erziehung der Kinder ihrer Lebenspartner zu stärken. Das neue Familiengesetz sollte mehr Rechtssicherheit für Familien schaffen und das französische Recht modernisieren.

EU- Bürgermeisterkonferenz zur Freizügigkeit und Armutseinwanderung

Am 11. Februar 2014 haben sich über 100 Bürgermeister/innen und Vertreter/innen lokaler Behörden aus ganz Europa in Brüssel zur Bürgermeisterkonferenz getroffen. Ziel war es, die Herausforderungen und Chancen im Zusammenhang mit der Freizügigkeit der Bürger/innen in der EU zu erörtern.

Belgien will neues Nachnamen-Gesetz einführen

Der Gesetzesentwurf würde es Eltern gesetzlich ermöglichen, den Nachnamen ihres Nachwuchses frei zu wählen. Bisher wurde einem Neugeborenen automatisch der Nachname des Vaters gegeben. Mit der Änderung können Kinder sowohl den Namen des Vaters oder der Mutter erhalten, als auch einen Doppelnamen, egal in welcher Reihenfolge. Es soll jedoch nicht möglich sein, zwei Doppelnamen miteinander zu verbinden. Der Justizausschuss des belgischen Bundesparlaments hat den Entwurf nun gebilligt, sodass eine zügige Zustimmung des Parlaments zu erwarten ist.

Internationaler Tag der Sozialen Gerechtigkeit

Jährlich wird am 20. Februar der Internationale Tag der Sozialen Gerechtigkeit begangen. Der Aktionstag wurde im Jahr 2007 durch die Vereinten Nationen eingeführt.

Europäische Netzwerke gründen Allianz für Kinderrechte

Die EU-Kommission hat vor einem Jahr die Empfehlung „Investition in Kinder: Den Kreislauf der Benachteiligung durchbrechen“ verabschiedet. Zu diesem Jahrestag haben sich 19. Februar 20 europäische Netzwerke im Rahmen der EU-Allianz für die Investition in Kinder zusammen geschlossen. Sie haben ihre Kräfte gebündelt, aufbauend auf ihren jeweiligen Fachgebieten, um die Umsetzung der Empfehlung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zu unterstützen und sich stärker für die Kinderrechte einzusetzen. Auch die COFACE ist Teil der Allianz.

Berichte und Studien

Ausgaben für das Wohnen im EU-Vergleich

Laut eines Berichts von Destatis, dem Statistischen Bundesamt in Deutschland sind die Ausgaben für das Wohnen in der gesamten EU um ca. 2,3% gestiegen. Insbesondere in Deutschland, Griechenland, Estland und Rumänien ist eine Preissteigerung zu erkennen. In Ungarn und Zypern wurden sinkende Preise festgestellt. Konstant blieben sie nur in Schweden. Ein wichtiger Grund für die gestiegenen Ausgaben seien die Preiszuwächse bei den Haushaltsenergien.

- [Statistikbrief: Preise für Wohnen im europäischen Vergleich](#) 

AGF veröffentlicht Veranstaltungsdokumentation zu Inklusion am Beispiel Wohnen

Die AGF organisierte am 30. August 2013 in Berlin eine Veranstaltung zum Thema „Kein Platz für Familien? Inklusion am Beispiel Wohnen“ mit ca. 25 Teilnehmer/innen aus verschiedenen europäischen Staaten. Diese diskutierten unter der Perspektive von Inklusion die Wohnsituation von Familien in Deutschland, Italien und Großbritannien. Die gedruckte Version ist bei der AGF gegen Portokosten zu erhalten.

- Download der Webversion unter: <http://www.ag-familie.de> (in Kürze)

Studie über Integration mobiler EU-Bürger/innen in sechs Städten

Die EU-Kommission veröffentlichte eine Studie über Integration mobiler EU-Bürger/innen in sechs Städten. Ausgewählt wurden Barcelona, Dublin, Hamburg, Lille, Prag und Turin aufgrund der multinationalen Zusammensetzung ihrer Bevölkerung. Die Studie besagt, dass mobile EU-Bürger/innen hauptsächlich wegen besserer Arbeitsmöglichkeiten in andere EU-Staaten gehen. Sie sind im Durchschnitt jünger und arbeiten häufiger als die heimische Bevölkerung. Außerdem habe der Zuzug von jungen EU-Bürger/innen im erwerbsfähigen Alter auf alle sechs Städte eine positive wirtschaftliche Auswirkung.

- [Studie über die Integration mobiler EU-Bürger](#)  

OECD stellte Pisa-Teilbericht für Schweden vor

Die OECD hat in Schweden einen Pisa-Teilbericht zu den Erwartungen der Lehrer/innen und die Einsatzbereitschaft der Schüler/innen in Schweden vorgestellt. Diese liegen demnach in den Bereichen Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen unter dem OECD-Durchschnitt. Gleichzeitig habe sich der Abstand zwischen leistungsschwachen und leistungsstarken Schülern vergrößert und der Einfluss des sozialen Hintergrunds auf den Lernerfolg der Schüler sei gewachsen.

Bericht über Kindersterblichkeit bei Neugeborenen

Die Kinderrechtsorganisation Save the Children veröffentlichte ihren Bericht „Stoppt das Sterben. Wie Neugeborene in Zukunft überleben können“. Darin werden aktuelle Zahlen und Gründe über die Kindersterblichkeit bei Neugeborenen bekannt gegeben und mögliche Lösungen erläutert.

- [Bericht „Stoppt das Sterben. Wie Neugeborene in Zukunft überleben können.“](#) 

Studie über Wahlinteresse von jungen Menschen

Eine Studie des Internationalen Instituts für Demokratie und Wahlhilfe (IDEA) besagt, dass das Interesse junger Menschen an den Europawahlen sinkt. Grund für die sinkende Wahlbeteiligung sei unter anderem, dass die Parteien mit ihren Wahlprogrammen die Interessen junger Menschen nicht treffen würden. Die Studie zeigt außerdem einige Punkte und Forderungen, die die Europawahlen für junge Menschen attraktiver machen könnten.

- [Studie der IDEA „Addressing Youth Absenteeism in European Countries“](#) 

EAPN veröffentlicht Bericht über die Qualität von Arbeit und Beschäftigung in der EU

Der Bericht des „European Anti Poverty Network“ (EAPN) zeigt die Unterschiede in den Mitgliedstaaten hinsichtlich der Qualität von Arbeit und Beschäftigung sowie die Auswirkungen einer geringen qualifizierten Arbeit und Beschäftigung auf die Armut und sozialer Ausgrenzung der Bevölkerung.

- [Bericht über Qualität der Arbeit und Beschäftigung in der EU](#)  

UN veröffentlicht Weltjugendbericht 2013

Die Vereinten Nationen (UN) hat im Februar den Weltjugendbericht 2013 unter dem Thema „Jugend und Migration“ veröffentlicht. Dieser bietet ein breites Verständnis für die Situation von jungen Migrant/innen aus ihrer eigenen Perspektive. Der Bericht konzentriert sich auf die Phänomene der internationalen Migration, die zunehmend einen bedeutenden Einfluss auf die Herkunfts- und Zielgemeinden haben.

Bericht: „When Children go mobile“

Ein aktueller Bericht des „Net Children, Go Mobile“ Projektes über die Internetnutzung der Kinder belegt, dass immer mehr junge Menschen ein Smartphone oder Tablett besitzen und dies täglich verwenden, um auf das Internet zuzugreifen. Der Bericht zeigt die Vorteile der Nutzung aber auch die Gefahren, der die jungen Menschen dabei ausgelegt sind.

- [Bericht: Net Children, Go Mobile - Risks and opportunities](#) 

Bevorstehende Veranstaltungen

- Griechische Ratspräsidentschaft: „Gewalt gegen Frauen“ (05. März 2014, Brüssel)
- European Network of Masters in Children's Rights: „Parents' partnership stability and quality as a context for child development. What are the challenges, and what policies and programmes are in place? Some insights from Germany“ (04. März 2014, Brüssel)
- Thomas More: [„The European Year for Reconciling Work and Family Life“](#) (12. März 2014, Antwerpen)
- EU-Kommission: ["Interaktive Ausstellung zum Thema Demographie und Demographiepoltik"](#) (17. bis 21. März 2014, Brüssel)
- PublicPolicyExchange: ["Improving Mental Health in the Workplace: Towards Better Prevention and Inclusion in Europe"](#) (25. März 2014, Brüssel)
- COFACE, Eurofound, AGF: ["2014: Citizen Action for better family policies"](#) (28. März, Berlin)
- OECD: Women's Leadership in Public Life: ["Fostering Diversity for Inclusive Growth"](#) (02. bis 04. April 2014, Paris)
- Eurochild: ["The role of EU grandparents in childcare"](#) (03. April 2014, Paris)
- COHEHRE: ["Reconciling Work and Family in Health and Social Care Education"](#) (09. bis 11. April 2014, Groningen)
- PublicPolicyExchange: ["Tackling Childhood Obesity in Europe through Prevention and Partnership"](#) (22. April 2014, Brüssel)
- The National Network for Children, Eurochild, Child Rights Connect, ChildPact, UNICEF: ["7th Regional Meeting of NGOs Children's Rights Coalitions in Europe"](#) (28. bis 30. April 2014, Sofia)
- Griechische Ratspräsidentschaft, COFACE: ["Families in the crisis"](#) (28./29. April 2014, Athen)

- International Students' Committee (ISC): "[The Clash of Generations](#)" (08./09. Mai 2014, St. Gallen)
- ICCFR: "[The family in focus: 20th anniversary of the international year of the family](#)" (12. bis 15. Mai 2014, Brüssel)
- PublicPolicyExchange: "[Employment and Social Inclusion in Europe: Developing Skills and Supporting Disadvantaged Groups](#)" (14. Mai 2014, Brüssel)
- European Children's Rights Unit, Department of Politics and International Relations, Eurochild: "[European responses to violence against children](#)" (28. Mai 2014, Liverpool)
- European Platform of Women Scientists: "[New Perspectives for Women Scientists' Careers in Europe](#)" (11. Juni 2014, Paris)
- Work and family research network (WFRN): "[Changing Work and Family Relationships in a Global Economy](#)" (19. bis 21. Juni 2014, New York)
- Jugend für Europa: "[Europa in der Kinder- und Jugendhilfe](#)" (24. Juni 2014, Berlin)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).
